Funkstille zwischen Indien und Pakistan

Beide Seiten erteilen Atomwaffeneinsatz Absage – Pakistan schickt Sondergesandte nach Europa, Asien und in USA

NEU-DELHI/ISLAMABAD: Trotz verstärkter internationaler Bemühungen um eine Entspannung im Kaschmir-Konflikt sind keine Gespräche zwischen Indien und Pakistan in Sicht.

Zwar reisten die Regierungschefs beider Länder am Sonntag auf Einladung des russischen Präsidenten Wladimir Putin zu einem regionalen Gipfeltreffen in Kasachstan. Der indische Ministerpräsident Atal Bihari Vajpayee betonte jedoch vor seinem Abflug am Sonntag, es gebe keine Pläne für Gespräche mit Pakistan. Beide Seiten waren aber bemüht, die Sorgen der Welt vor einem Atomwaffeneinsatz zu zerstreuen.

«Pakistan wird keinen Krieg beginnen», erklärte Präsident Pervez Musharraf in Tadschikistan, wo er auf dem Weg nach Kasachstan einen Zwischenstopp einlegte. «Wir wollen den Konflikt auf friedliche Weise lösen.» Er äusserte die Hoffnung, dass Putin trotz der indischen Ablehnung einen Dialog zu Wege bringen werde. Indien fordert vor Gesprächen mit Pakistan ein Ende der Angriffe islamischer Extremisten.

Nachdem Pakistan mehrmals betont hatte, es würde zu seiner Verteidigung auch einen Erstschlag mit Atomwaffen führen, sagte Musharraf am Wochenende dem US-Fernsehsender CNN, «jeder normale Mensch» würde dies zu vermeiden suchen. Der indische Verteidigungsminister George Fernandes schloss «impulsive» Reaktionen seines Landes und eine «extreme Eskalation» im Kaschmir-Konflikt aus. Indien würde seine Atomwaffen niemals anders als zur Abschreckung einsetzen, sagte Fernandes.

Ein Zeugnis des Hasses: Radikale Moselms demonstrierten auch am Wochenende in Karachi gegen den verhassten Nachbarn Indien. *(Bild: Keystone)*

Die pakistanische Regierung schickte am Sonntag Sondergesandte nach Europa, Asien und in die USA, um ihre Zurückhaltung zu versichern. Nach Deutschland wurde Ex-Präsident Farooq Ahmad Khan Leghari entsandt. Das Auswärtige Amt in Berlin bestätigte, der Gesandte werde am Dienstag mit Bundesaussenminister Joschka Fischer zusammentreffen.

Am Sonntag bot auch Tadschikistan eine Vermittlerrolle für indisch-pakistanische Verhandlungen an. Fernandes schloss direkte Gespräche zwischen Vajpayee und Musharraf auf dem Gipfel in Almaty jedoch aus. Dies sei nur dann möglich, wenn der «grenzüberschreitende Terrorismus» in Kaschmir beendet werde, sagte er der Nachrichtenagentur AP. Eine weitere Bedingung sei die Auslieferung von 14 mutmasslichen indischen Terroristen durch Pakistan. Die Konferenz in Kasachstan beginnt am Montag und dauert bis Mittwoch. Derweil wurde US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld zu einer Vermittlungsmission in Südasien erwartet.

UN rufen Familien von Mitarbeitern zurück

Anschläge und Gefechte im zwischen Indien und Pakistan geteilten Kaschmir forderten am Wochenende weitere Menschenleben. Muslimische Rebellen in Kaschmir schworen unterdessen die Fortsetzung ihres Kampfes gegen die indische Herrschaft «bis zum letzten Blutstropfen».

Die Vereinten Nationen wiesen Mitarbeiter in der Region an, ihre Familien in Sicherheit zu bringen.

Die Angehörigen mehrerer hundert Angestellter in beiden Ländern wurden angehalten, nach Hause zu fliegen. Nach Deutschland, den USA, Grossbritannien und Kanada rieten am Samstag auch Frankreich und zahlreiche weitere Länder von Reisen in die Region ab.

Bundeskanzler Schröder zeigt FDP die rote Karte

Scharfe Kritik an Jürgen Möllemann – SPD-Wahlprogramm verabschiedet – Heisse Phase im deutschen Wahlkampf eröffnet

BERLIN: Mit einem Appell an den Kampfgeist seiner Partei hat Bundeskanzler Gerhard Schröder die SPD auf die heisse Phase des deutschen Wahlkampfs eingeschworen. Gleichzeitig übte der SPD-Parteichef scharfe Kritik an der FDP. Diese sei in der jetzigen Formation nicht regierungsfähig.

«Wahlen gewinnt man nicht von alleine, Wahlen gewinnt man durch Kampf», rief Schröder am Sonntag auf dem SPD-Parteitag in Berlin. Er hob vor den gut 500 Delegierten in seiner anderthalbstündigen Rede sozialdemokratische Kernthemen wie Familienpolitik, Gesundheit, Bildung und Arbeitnehmerrechte hervor. In dem fast einstimmig beschlossenen Wahlprogramm heisst es: «Wir wollen das bewährte Sozialstaatsmodell nachhaltig fortentwickeln, Wohlstand sichern, Beschäftigung für alle erreichen, eine gesunde Umwelt garantieren.»

Viele Massnahmen würden erst in den vier nächsten Jahren zum Tragen kommen. Deshalb brauche die rot-grüne Regierung das Mandat für die Fortsetzung ihrer Politik. Die Delegierten feierten die Rede des Parteichefs mit zehn-minütigem stehendem Applaus.

Im Wahlprogramm legt sich die SPD auf eine Fortsetzung der Koalition mit den Grünen fest, «wenn das Wahlergebnis es erlaubt». Seit Monaten ergeben die Umfragen allerdings, dass Rot-Grün keine Mehrheit hat.

Wenn jetzt gewählt würde, würde nach diesen Umfragen die Regierung Schröders nach nur einer Wahlperiode abgewählt. Union und FDP könnten die neue Regierung bilden. Die Unions-Parteien liegen deutlich vor der SPD, die Liberalen weit vor den Grünen.

Möllemanns «unsägliche Debatte»

Zur FDP sagte Schröder, deren Parteivize Jürgen Möllemann und andere hätten eine «unsägliche» Debatte über Antisemitismus losgetreten. Mit schlimmen populistischen Parolen würden Vorurteile und Strömungen bedient, die «hochgefährlich» seien.

Die FDP müsse sich entscheiden zwischen ihren «guten Traditionen oder dem Kurs des Fallschirmakrobaten». Ohne eine solche Entscheidung sei die Partei nicht regierungsfähig.

In ihrem Wahlprogramm schliesst die SPD eine Koalition mit den Liberalen nicht ausdrücklich aus. Explizit abgelehnt wird nur ein Bündnis mit der PDS auf Bundesebene. Ein Antrag von Parteilinken zur FDP wurde nicht zur Abstimmung gestellt.

Darin hatten die Antragsteller formuliert, dass es keine Zusammenarbeit mit den Liberalen im Bund geben könne, so lange sich die FDP nicht von Möllemann trenne. Den Unionsparteien CDU und CSU warf Schröder vor, mit einem unseriösen Programm in den Wahlkampf zu gehen. Es sei ein «Dokument der Täuschung», da es nicht finanzierbar sei. Nur mit der SPD gebe es Gerechtigkeit und sozialen Ausgleich, die Unions-Parteien wollten «einen armen und handlungsunfähigen Staat».

Zwar sei beim Abbau der Arbeitslosigkeit das ursprüngliche Ziel noch nicht erreicht worden; aber die Zahlen vom April seien verglichen mit denen vom April 1998 um eine halbe Million niedriger. Für die kommenden vier Jahre kündigte Schröder «massive Investitionen in die Ganztagsbetreuung» von Kindern an. Deshalb werde der Bund Ländern und Kommunen vier Milliarden Euro zum Ausbau der Betreuung zu Verfügung stellen.

Private Anzeigen

in Liechtenstein

EINFACH – GÜNSTIG

Jeden Samstag nur im Wochenmarkt des

Liechtensteiner VOLKSBLATT

Insertionsschluss: Mittwoch 12.00 Uhr

Anzahl Erscheinungen

1x ❑ 2x ❑ 3x ❑

Zutreffendes bitte ankreuzen.

Name:

Vorname:

Strasse/Nr:

PLZ/Ort:

Telefon/Fax:

E-Mail:

BESTELLCOUPON

Rubriken/Preise

❑ Auto ❑ Sport/Hobbys
❑ zu mieten gesucht ❑ Tiere
❑ zu vermieten ❑ Bekanntschaften
❑ zu kaufen gesucht ❑ Glückwünsche
❑ zu verkaufen ❑ Diverses
❑ Stellenvermittlung ❑ Erotik
❑ Möbel/Haushalt

Zutreffendes bitte ankreuzen.

PREIS PRO SCHALTUNG

❑ Bis 5 Zeilen CHF 10.–
❑ Bis 10 Zeilen CHF 20.–
❑ Zuschlang S/W Foto CHF 10.–
❑ Zuschlag Chiffregebühr CHF 30.–

Zutreffendes bitte ankreuzen.

Alle Preise inkl. 7,6 % Mehrwertsteuer. Bitte in Druckbuchstaben schreiben und pro Buchstabe und Satzzeichen 1 Feld benützen (Zwischenräume leer lassen). Halbfette Wörter unterstreichen.

Annullationen und Textänderungen sind nicht möglich.

Der Verlag übernimmt für die Inhalte der Anzeigen keine Verantwortung.

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10

COUPON AUSSCHNEIDEN, AUSFÜLLEN, BETRAG BEILEGEN UND EINSENDEN AN: LIECHTENSTEINER VOLKSBLATT, FELDKIRCHER STRASSE 5, 9494 SCHAAN